

Vor dem Abgrund

Donald Trumps Amtsmissbräuche gefährden die amerikanische Demokratie.

Ein Warnruf aus den USA | Von A.G.

A.G., ehemaliges Mitglied der US Army und Bundesangestellte, tritt in ihrer Rolle als politische Kommentatorin, um dem *Hatch Act*, der „Bestimmung zur Vermeidung schädlicher politischer Aktivitäten“ aus dem Jahr 1939 Folge zu leisten, stets unter Pseudonym auf. Die Red.

Es ist keine leichte Aufgabe, angesichts der täglich neuen Skandale aus dem Weißen Haus das tatsächliche Ausmaß des systematischen Abbaus von Rechtsstaatlichkeit in den USA unter Donald Trump zu beschreiben. Jeder Drittklässler in Amerika lernt, dass unser System von *checks and balances* eine der wichtigsten Säulen unserer Verfassung ist – das, was uns zu einem Rechtsstaat macht. Seit Trump im Amt ist, legt er systematisch die Axt an dieses demokratische Reservoir, das unser Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit speist, indem er unsere Institutionen gezielt demontiert und die Kontrolle über die Exekutive aushöhlt. Es gibt Dutzende dokumentierter Fälle solcher Angriffe auf unsere Demokratie, sowohl aus dem Weißen Haus als auch von Republikanern im Senat, aber neun davon sind aus meiner Sicht die ungeheuerlichsten.

1. Die Entlassung des FBI-Direktors James Comey und die Angriffe auf seine Mitarbeiter, die die Trump-Kampagne während der Wahl 2016 auf eine mögliche Zusammenarbeit mit russischen Akteuren zum Zwecke der Wahlbeeinflussung untersuchten. Andere, die Trumps Zorn zum Opfer fielen, sind der ehemalige stellvertretende FBI-Direktor Andrew McCabe, der ehemalige FBI-Rechtsberater James Baker, die ehemalige Stellvertretende Generalstaatsanwältin der Vereinigten Staaten Sally Yates, der ehemalige FBI-Agent Peter Strzok und die FBI-Anwältin Lisa Page. Die Liste ließe sich noch um viele, viele Namen erweitern.

2. Die Einsetzung von William Barr als Justizminister, der die Untersuchungen von Sonderermittler Robert Mueller hinsichtlich russischer Wahlbeeinflussung abrupt einstellte und dann dessen Ergebnisse bewusst umkennzeichnete, um die Öffentlichkeit denken zu lassen, Trump sei durch die Ermittlungsergebnisse entlastet worden. Das war nicht der Fall.

3. Die Weigerung des Senats, Trump im Zuge des Amtsenthebungsverfahrens wegen

der Ukraine-Affäre zu verurteilen und seines Amtes zu entheben. Dies war ein verheerender Schlag für die Rechtsstaatlichkeit, denn es machte deutlich, dass der Kongress über seine verfassungsmäßige Pflicht, die Exekutive zu beaufsichtigen, faktisch hinweggegangen war.

4. Die Unmenge an Angriffen auf Whistleblower und Zeugen, die während des Amtsenthebungsverfahrens gegen Trump aussagten. Die öffentliche Gegenkampagne der Regierung gegen den Whistleblower in der Ukraine-Affäre und andere, wie Marie Yovanovitch und Oberstleutnant Alexander Vindman, hatte eine bewussten abschreckende Wirkung auf künftige Informanten zur Folge.

5. Die Instrumentalisierung des Justizministeriums durch den Präsidenten, um seinen Freunden, die im Zuge der Mueller-Untersuchungen belastet worden waren, Gefälligkeiten zu erweisen. Zu diesen Gefälligkeiten gehört, dass Justizminister Barr zugunsten des Trump-Freundes und Wahlkampfberaters Roger Stone intervenierte. Barr übte Druck auf die Staatsanwälte aus, damit diese ihre Strafempfehlungen abschwächen. Letztendlich wäre Stone zu 40 Monaten in einem Bundesgefängnis verurteilt worden, nachdem er in sieben Punkten für schuldig befunden wurde, einschließlich Falschaussagen gegenüber dem Kongress, Behinderung der Justiz und Zeugenbeeinflussung. Trump persönlich erließ die Gefängnisstrafe per Strafwandlung, und Stone legte daraufhin auch Berufung gegen seine Verurteilung ein. Das Justizministerium hat ebenfalls zugunsten des Trump-Gefährten Michael Flynn interveniert, des ehemaligen Nationalen Sicherheitsberaters, der von Trump gefeuert wurde, weil er den



A.G.

ist die Gründerin und Gastgeberin von *Mueller She Wrote* und *The Daily Beans*, zwei der erfolgreichsten und intelligentesten Podcasts der USA über die Trump-Regierung.



Vizepräsidenten und das FBI belogen hatte. Obwohl er sich zweimal schuldig bekannt hatte, ist er nun ein freier Mann, und Trumps Justizministerium gibt zu seinen Gunsten Anweisungen an die Gerichte heraus.

6. Als ob es nicht genug wäre, das Justizministerium zu instrumentalisieren, um den eigenen kriminellen Komplizen zu helfen, rüsten Trump und Barr es jetzt auch noch mit den juristischen Waffen aus, um die Gegner des Präsidenten in der Affäre, die als „Obamagate“ bekannt geworden ist, ins Visier zu nehmen: eine komplett konstruierte Gegenuntersuchung zu den Ermittlungen über die Beziehungen zwischen Russland und Trump. Unsere Steuergelder haben Barrs Reisen rund um den Globus finanziert, um Länder, die uns bei der Untersuchung der Rolle Russlands bei Trumps Wahl gehol-

fen haben, nun zu fragen, ob sie ihm helfen würden, kompromittierende Informationen zur Anklageerhebung gegen die Obama-Regierung bereitzustellen.

7. Trumps Entfernen von Generalinspektoren quer durch alle Behörden. Generalinspektoren sind als unabhängige Instanzen für die Untersuchung von Misswirtschaft und Betrug der Regierung zuständig – und das gefällt Trump nicht. Er entließ die Generalinspektoren im Verteidigungsministerium, die auf die Kontrolle der Ausgaben für Coronavirus-Konjunkturpakete angesetzt waren. Er ersetzte die Generalinspektoren des Gesundheits- und Sozialministeriums Christy Grimm, die für die Überprüfung von gravierenden Mängeln bei medizinischer Ausrüstung und persönlicher Schutzausrüstung verantwortlich ist.

Er entließ den Generalinspekteur des Außenministeriums, weil dieser den Missbrauch von Regierungsgeldern durch Außenminister Mike Pompeo untersucht hat. Er feuerte den Generalinspekteur des Verkehrsministeriums, weil dieser gegen die Direktorin Elaine Chao ermittelte, die zufälligerweise die Ehefrau von Mitch McConnell (Mehrheitsführer der Republikaner im Senat) ist. Und er entließ auch den Generalinspekteur der US-Nachrichtendienste Atkinson, der beim Kongress die Beschwerde des Ukraine-Informanten eingereicht hatte, die zum Amtsenthebungsverfahren gegen Trump führte.

8. Der Austausch von politischen Amtsträgern, die als unloyal gegenüber Trump eingestuft werden, in allen Regierungsbehörden. Öffentlich gewordene Berichte deuten darauf hin, dass Dutzende hochrangiger Amtsträger unter dem Vorwand, herauszufinden, ob sie im Falle Trumps Wiederwahl für seine zweite Amtszeit bereitstünden, indirekt zu ihrer Loyalität „befragt“ wurden. Diejenigen, die sich nicht positiv über Trump äußern, werden entfernt.

9. Wir sind inzwischen bei dem Teil des Abbaus der Rechtsstaatlichkeit angelangt, in dem das Weiße Haus Geheimpolizei ohne Abzeichen in nicht gekennzeichneten, gemieteten Fahrzeugen entsendet, um friedliche Demonstranten auf den Straßen festzunehmen, ohne sich dabei auszuweisen oder Gründe für die Verhaftungen zu nennen. Diese Verhaftungen, die in diesen Tagen in Portland, Oregon, begannen, sind klare Verletzungen des Vierten und Fünftens Zusatzartikels zur Verfassung. Obwohl gegen das Heimatschutzministerium aktuell wegen dieser unglaublichen kriminellen Aktionen durch Generalstaatsanwalt von Oregon Klage eingereicht wird, plant Trump die Entsendung weiterer privatvertraglich rekrutierter Sicherheitskräfte in zahlreiche Großstädte wie zum Beispiel Chicago, Philadelphia, Baltimore oder New York.

Wir haben es in der Hand, das amerikanische Experiment im November dieses Jahres vor dem Abgrund zu retten. Wenn Trump erneut gewählt werden sollte, wird die Rechtsstaatlichkeit verloren sein – möglicherweise für immer.

DIREKT-NACHRICHT



ANNE WIZOREK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @marthadear.

Investition

In dieser Woche ist der rechte Terroranschlag von Oslo und Utøya neun Jahre her. Seitdem wurden die Taten des Massenmörders Breivik, sowohl ideologisch als auch in ihrer Form, quasi zur Blaupause für rechten Terror weltweit.

So wollte auch Breivik schon Teile seines Terroranschlags live streamen und das Video übers Internet verbreiten, scheiterte aber technisch. Die Anschläge von Christchurch oder Halle setzten diese grausame Idee schließlich um, immer mit dem Ziel, ideologische Anhänger_innen weiter zu radikalisieren und neue zu gewinnen. Gerade Medienmacher_innen haben also eine enorme Verantwortung, wenn sie zum Beispiel über den Auftakt des Halle-Prozesses berichten, um dem Täter nicht erneut eine Bühne für seine menschenverachtende Propaganda zu geben.

Obwohl mittlerweile viel mehr Fachwissen über rechtsextreme Anschläge und die Ideologie dahinter existiert, schlägt sich das in der Berichterstattung noch zu wenig nieder. Es fällt auf, dass zum Beispiel Antifeminismus als Bestandteil rechter Ideologie weiterhin kaum erwähnt wird. Dabei „funktioniert“ diese rassistische und antisemitische Weltanschauung doch erst in Verbindung mit Antifeminismus und der darin verwobenen Frauenfeindlichkeit.

Auch die krassen, oftmals sexualisierten Drohungen gegen Politikerinnen wie Martina Renner, die Anwältin Seda Bayşay-Yıldız oder Comedian İdil Baydar, die seit längerem unter dem Label „NSU 2.0“ erfolgen (zur Erinnerung: Der NSU-Komplex ist in seiner Gesamtheit bis heute unaufgeklärt), sind deshalb nicht als irgendein neues Phänomen zu beäugen. Sie sind Symptome eines gesellschaftlichen Klimas, in dem rassistische Kommentare als „andere Meinungen, die man aushalten muss“ deklariert werden, der Kampf gegen Antisemitismus oft nur performativ bleibt und Antifeminismus höchstens bei Expert_innen auf dem Radar ist.

Gerade werden zwar viele Worte der Solidarität für die betroffenen Frauen ausgesprochen, doch İdil Baydar bringt es auf den schmerzhaften Punkt: „Solidarität zu bekommen, nützt mir ja nicht viel. Walter Lübcke hat sicherlich auch viel Solidarität erfahren und der liegt jetzt im Grab. Da will ich jetzt noch nicht hin.“ (Quelle zur Verlinkung: <https://taz.de/Comedian-İdil-Baydar-ueber-Morddrohungen/!5694869/>)

Wissen über rechte Ideologie und Schutz vor rechter Gewalt muss nicht nur eine Selbstverständlichkeit im Hier und Jetzt, sondern endlich auch als eine Investition in eine menschlichere Zukunft verstanden werden. Unsere Zukunft.

Felle und Bären

Wie Teile der CDU mal eben die K-Frage lösen – und andere Posten verteilen – wollen | Von Ulrich Deppendorf

Die großen Parteistrategen der Christlich Demokratischen Union sind sich einig: Ohne Angela Merkel stünde die CDU nicht an erster Stelle in den Umfragen. Nicht wenige fürchten jedoch, dass es nach dem Abgang der Kanzlerin schnell anders aussehen könnte mit dem Zuspruch für die Partei. Hoffnungsvoll und wohlwollend verweisen einige CDU-Spitzenkräfte dann auf die guten Werte des größten aller Bayernfans: Markus Söder. Wenn die große Angela dann den noch nicht ganz so großen Markus bei seiner bayerischen Kabinettssitzung im Prunksaal von Schloss Herrenchiemsee besucht, ja, dann geraten besonders die Parteistrategen jenseits des Weißwurstäquators ob der herrlichen Bilder geradezu aus dem Häuschen. Wenn da nicht dieses kleine Problem wäre: Will der CSU-Söder etwa doch Kanzler werden? Viele Wähler können sich das vorstellen, aber kann das am Ende auch die CDU?

Die Christdemokraten müssen zunächst im Dezember erst einmal ihren neuen

Parteivorsitzenden wählen. Vier Kandidaten stehen zur Auswahl, und die kommen – welch verwickelte Lage – allesamt aus dem stärksten Landesverband der C-Partei, dem nordrhein-westfälischen. Vier Kandidaten zur Auswahl – auf den ersten Blick kein schlechtes Zeichen. Eine Kandidatin wird wohl nicht mehr auftauchen. Das Schicksal der noch amtierenden Parteivorsitzenden scheint abzuschrecken. Annegret Kramp-Karrenbauer wird als Vorsitzende kaum noch wahrgenommen. Ihr, die den Findungsprozess steuern wollte, sind die Steuerungsinstrumente abhandengekommen.

Eigentlich sind es auch nur 3,5 Kandidaten, denn Jens Spahn ist ja – bislang – nur eine Art zweiter Mann hinter Armin Laschet. Somit kämpfen also ein oft überschätzter (Friedrich Merz), ein häufig unterschätzter (Laschet), ein gnadenlos Entlassener (Norbert Röttgen) und ein junger Ehrgeiziger (Spahn) um den höchsten Partei-Thron der CDU. Erst nach der Thronbesteigung könnte es

dann zum Kampf um die K-Position gegen den bayerischen Selbstverliebten (Söder) kommen. Wenn der denn wirklich will.

Doch Teile der CDU scheinen nun in Unruhe geraten zu sein. Nachdem die graue Eminenz der Partei (Wolfgang Schäuble) seine Unterstützung für den oft überschätzten (Merz) auf den jungen Ehrgeizigen (Spahn) übertragen hat, ist Hektik ausgebrochen. Wie gut – so dachten sich einige ganz besonders Schlaue in der Partei –, dass es da noch das Amt des Bundespräsidenten als willkommene Verfügungsmasse gibt – für die vermeintlich ganz große Lösung: Der Selbstverliebte (Söder) soll Kanzlerkandidat werden, der junge Ehrgeizige (Spahn) Parteivorsitzender und der häufig unterschätzte (Laschet) Bundespräsident. Der oft überschätzte (Merz) und der gnadenlos Entlassene (Röttgen) gingen bei diesem Szenario leer aus. Zumindest der Überschätzte und seine Anhänger dürften dieses Geschacher nicht besonders gegluckt finden.

Was für ein Plan. Die CDU beschädigt mit diesen bekannt gewordenen Überlegungen so ganz nebenbei das Amt des Bundespräsidenten – nur um eigene Personalprobleme zu lösen. So schafft man kein Vertrauen in die Parteien – selbst wenn solche Überlegungen Teil des politischen Geschäfts sein mögen – und das nicht nur bei den Christdemokraten. Dennoch, diese Unions-Gedankenspiele zeugen von einer besonderen Kalküllosigkeit.

Frank-Walter Steinmeiers Amtszeit endet erst 2022, und Steinmeier ist ein



ULRICH DEPPENDORF

ist Herausgeber des HAUPTSTADTBRIEFS. Bis April 2015 war er Studioleiter und Chefredakteur Fernsehen im ARD-Hauptstadtstudio.